

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den 40. oder 41. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Postbestellungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich 75 Pfennig. 15 Pfennig. Alle Postbestellungen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Wochensatz 1,50 Mk. im Monat, bei Postbestellung 1,75 Mk. im Monat. — Rücksendung eingeleiteter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abgabegebühr: Die Abgabegebühr beträgt 20 Goldpfennig, die 4 getrennten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 getrennten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Goldpfennig. Nachzahlungsgeld 20 Goldpfennig. Besondere Abgabegebühr für die Abgabe der Zeitungen durch den Postboten oder durch den Boten des Postamtes. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Abgabegebühr für die Abgabe der Zeitungen durch den Postboten oder durch den Boten des Postamtes. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Abgabegebühr für die Abgabe der Zeitungen durch den Postboten oder durch den Boten des Postamtes. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamtis Tharandt, Finanzamtis Roffen.

Nr. 61 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 12 März 1926

Organisation der Arbeit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist in Begleitung einiger seiner Mitarbeiter nach London abgereist um an der am 15. März d. J. in London stattfindenden Konferenz der europäischen Arbeitsminister teilzunehmen. Was wenigstens bekannt sein dürfte: Der Verfallener Friedensvertrag enthält in seinem 13. Teil sehr umfangreiche Bestimmungen über die „Organisation der Arbeit“. Enthält sehr weitgehende Richtlinien sozialpolitischer Art, wie Regelung der Arbeitszeit, des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit, Sicherstellung des Lohnes und angemessene Arbeitsbedingungen, Schutz der Kinder, Jugendlichen- und Frauenarbeit usw. usw., zum größten Teil Dinge, die uns weniger interessieren, weil sie in Deutschland längst durchgeführt sind. Neu war nur die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, bei dem übrigens Deutschland schon jetzt vertreten ist, auch ohne Mitglied des Völkerbundes zu sein, obwohl das Arbeitsamt auch Bestandteil des Bundes ist. Die Kardinalfrage ist der Achtstundenarbeitszeit, jene Forderung, die durch Karl Marx, den Lehrmeister der Sozialdemokratie, tief in die Massen hineingetragen worden ist und zu einer Art Passadum wurde, so sehr, daß dabei nicht nur das wirtschaftlich-sozialpolitische, sondern auch eine Rolle spielt, sondern auch das Klassenkampfpolitische. Dadurch wird die Regelung dieser Frage so erschwert und wenn das Washingtoner Abkommen, das sich grundsätzlich — nur grundsätzlich — auf den Boden der achtstündigen Arbeitszeit stellt, bisher noch von keinem Staat ratifiziert worden ist, so ist es eben darum, weil man nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch gegensätzlicher Meinung bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist. Die deutschen Gewerkschaften verlangen diese Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, die auf der internationalen Konferenz in London verhandelt werden soll. Die deutsche Arbeitgebervereinschaft führt gegen den schematischen Achtstundenarbeitszeit allgemeine-wirtschaftliche Gründe an, dann aber auch den Einwand, Deutschland habe derart erhebliche finanzielle Verpflichtungen an die Entente-mächte, daß diese Verpflichtungen nur durch höchstgelegene Produktion erfüllt werden können. Diesen Erwägungen wird von der anderen Seite entgegengehalten, daß Verlängerung der Arbeitszeit gar nicht identisch sei mit erhöhter Rentabilität der Arbeit — was eine auf rein experimentell-wissenschaftlichem Boden zu lösende Streitfrage ist. Man sucht vernünftigerweise dem jetzt beizutreten durch Unterscheidung in der Qualität der Arbeit selbst, dann durch Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitsbereitschaft.

Wenn jetzt der deutsche Arbeitsminister Dr. Brauns nach London gefahren ist, so steht er aber dort noch auf eine andere Schwierigkeit: fast jeder Staat erklärt, er würde das Washingtoner Abkommen ganz gern ratifizieren, wenn erst — die anderen ratifiziert haben. Dazu kommt noch die dritte Schwierigkeit, daß z. B. in Frankreich und Belgien Arbeitszeitbestimmungen bestehen, die angeblich mit dem Abkommen zu vereinbaren seien, aber weit über die 48-Stunden-Arbeitswoche hinausgehen, weil sie der Möglichkeit, Überstunden einzuschalten, weiten Spielraum geben. Ganz abgesehen von den besonderen internationalen Verpflichtungen Deutschlands und den daraus sich ergebenden Folgerungen dürfte aber die Frage der Arbeitszeit überhaupt nicht gesondert betrachtet, sondern müßte in die Gesamte Sozialpolitik hineingestellt werden. Daraus folgt aber ohne weiteres, daß auch die anderen Staaten jene sozialpolitischen Fortschritte nachzuholen haben, die Deutschland schon längst getan hat; daß sie die gleichen sozialpolitischen Lasten auf sich nehmen wie die deutsche Wirtschaft. Nur unter dieser Bedingung kann man an das Problem der internationalen Kontrolle herangehen, das natürlich sehr schwierig ist. Andere Schwierigkeiten sind bei der Regelung der Arbeitszeitfrage z. B. die klimatisch-geographischen Verschiedenheiten, die sich namentlich bei der Saisonarbeit auswirken, ferner die Verschiedenheiten der Betriebsstruktur, weiter die Verschiedenheit der Sonntagsarbeit usw. Die Londoner Konferenz steht also die Aufgabe vor sich, den natürlich sehr weit gefassten Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zunächst einmal eine Art von einheitlicher Auslegung zu geben, also sozusagen einen Kommentar dazu zu vereinbaren. Das ist auch deswegen notwendig, weil wir in Deutschland mitten drin sind in einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeitfrage, worauf natürlich die Beschlüsse der Londoner Konferenz von sehr erheblichem Einfluß sein müssen.

Vorschläge auf die Hauszinssteuer.

Berlin. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, daß auf das Aufkommen an allgemeiner Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni d. J. Vorschläge gegeben werden können, und zwar bis zur Höhe von 90 % des bisherigen Sollaufkommens des gemeindlichen Hauszinssteueransatzes für die Neubausstätigkeit für das erste Vierteljahr 1926. Außerdem hat die Staatsregierung im Vorgriff schon jetzt einen Betrag von 25 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt.

Neue Schwierigkeiten in Genf.

Brasilien als Störenfried.

Der Haußschlag auf den Tisch. Die Aufnahmekommission des Völkerbundes hat am Donnerstag vormittag in einer kurzen Sitzung den ihr vom Unterausschuß vorgelegten Bericht über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ohne Aussprache einstimmig genehmigt. Der Vorsitzende der Aufnahmekommission, der englische Außenminister Chamberlain, wird der Vollversammlung des Völkerbundes über diesen Beschluß Bericht erstatten. Damit sind die vorbereitenden Verhandlungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund abgeschlossen und es steht nunmehr der Vollversammlung offen, die Aufnahme Deutschlands mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen. Von den weiteren Verhandlungen über die Erweiterung des Rats wird die Einberufung dieser Versammlung abhängen. Allerdings ist es noch immer fraglich, ob Deutschland überhaupt sein Gesuch um Eintritt in den Völkerbund aufrechterhalten wird, da der Kampf um die Ratifizierung mit wechselläufiger Festigkeit weitergeführt wird. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Zeit Parisien“ meldet, daß der Konflikt in Genf weit über die deutschen Forderungen hinausgewachsen sei. Es handele sich jetzt nicht mehr um einen Zweikampf zwischen Frankreich und seinen Freunden einerseits und Deutschland andererseits, sondern um eine ernste Verfassungskrise, die das ganze Gebäude des Völkerbundes zu zerföhren droht. Der See, den der Generalsekretär des Völkerbundes den Mitgliedern des Völkerbundes gegeben hat, ist er dramatisch verlaufen. Der schwedische Delegierte Lunden hat im Verlaufe der Aussprache, die über die Ratifizierung beim See geführt wurden, mit der Faust auf den Tisch geschlagen und erklärt, Schweden werde gegen jede Erweiterung des Rates über Deutschland hinaus sein Veto einlegen. Diese Stellungnahme sei endgültig und unerschütterlich. Der brasilianische Delegierte erklärte daraufhin, daß Brasilien in diesem Falle nicht nur aus dem

Völkerbunde austreten, sondern auch sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands einlegen werde.

Schwere Komplikation.

In der Tat ist durch die Stellungnahme Brasiliens in Genf eine schwere Komplikation der Lage eingetreten. Der Vertreter Brasiliens hat sowohl dem französischen Ministerpräsidenten Briand, der sich wieder in Genf eingefunden hat, wie dem Reichskanzler Dr. Luther eine dahingehende Erklärung abgegeben, daß die brasilianische Delegation die Instruktion habe, gegen den künftigen Rat des Völkerbundes zu stimmen, wenn nicht zugleich für Brasilien ein ständiger Ratifizierung festgestellt werde. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Brasilien seinerzeit auch gegen die Verteilung eines Restes an Spanien gestimmt hat und hierdurch den spanischen Anspruch vereitelte. In Völkerbundkreisen, die gute Beziehungen zur deutschen Delegation unterhalten, wird darauf hingewiesen, daß, wenn Brasilien mit seinem Standpunkte stehen sollte, Deutschland seinen Aufnahmeantrag zurückschieben würde, der nur unter der Voraussetzung der Zustimmung eines ständigen Rates für Deutschland gestellt worden ist. Zudem hat Brasilien gedroht, aus dem Völkerbund auszuscheiden und den Handelsvertrag mit Schweden zu kündigen, falls seine Forderungen nicht erfüllt würden.

Briand soll helfen!

In Völkerbundkreisen sind jetzt aller Augen auf Briand gerichtet, der Besprechungen mit Chamberlain sowie dem spanischen und polnischen Vertreter hatte. Man hofft, daß es seiner Autorität und seiner Überredungskunst gelingen wird, irgendeinen Ausweg aus der Krise zu finden. Briand wird in seinen Bemühungen natürlich von Chamberlain unterstützt, der sich selbstverständlich ziemlich im Hintergrund hält.

Die nächste Sitzung der Völkerbundversammlung ist auf Sonnabend mittag angesetzt worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht jedoch vorläufig nur die Frage der Eröffnung eines Versammlungsgebäudes für den Völkerbund.

Deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen Dr. Kütz.

Deutscher Reichstag.

(176. Sitzung.) CB. Berlin, 11. März. Die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums wurde fortgesetzt. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) erklärte, die beherrschende Zentralidee der deutschen Innenpolitik sei über den Staatsgedanken hinaus der Gedanke der deutschen Nation. In Deutschland sei noch ein mühsamer Weg bis zur vollen Entwicklung dieses Gedankens zurückzulegen. Das Verhängnisvolle in der nationalen Entwicklung des 19. Jahrhunderts sei gewesen, daß man sich zu hart auf die privilegierten Oberschichten gestützt habe. Das Protektorat sei als gleichberechtigtes lebendiges Glied der Nation nicht zu behaupten. Die Ausöhnung mit ihm müsse mehr Herzens- als Verstandesache sein. Es gäbe leider Kräfte in der deutschen Politik, die die Notwendigkeit der vollen Eingliederung des Protektorats in die nationale Kulturgemeinschaft nicht anerkennen wollten. Aus der Entwicklung der deutschen Nation lasse sich der Föderalismus nicht vermeiden. Abg. Dr. Kütz (Dem.) meinte, die Verfechter des Föderalismus vergessen, daß in der deutschen Geschichte der Föderalismus eine Hauptquelle der deutschen Schmach gewesen sei. Wer heute eine Änderung der Reichsstruktur verlange, der bedrohe das deutsche Volk mit neuen Erschütterungen. Der Historiker müsse anerkennen, daß überall in der Welt die Entwicklung zur republikanischen Staatsform gehe. Die Beamten müßten sich endlich bewußt in den neuen republikanischen Staat einfügen. Gefinnungsstumperei müsse man den Beamten vorwerfen, die in der Republik hohe Ämter bekleideten, aber dennoch ihre monarchische Gefinnung beibehielten. Der neue Staat über im Gegensatz zum alten seinen Gefinnungsdruck aus, aber den Beamten müsse klar gemacht werden, daß auch der neue Staat nicht mit sich spielen läßt. Die Notwendigkeit einer mehr unitarischen Entwicklung zeige sich auf allen Gebieten.

Das Reichsschutzgesetz

sollte möglichst rasch vorgelegt werden. Seine Partei beantrage weiter die Vorlage eines Gesetzesentwurfes über das Schicksal der nationalen Minderheiten innerhalb des Deutschen Reiches.

Abg. Reich (Bayer. Vp.) glaubt nicht, daß die Klassenunterschiede je verschwinden würden. Seine Freunde wollten sie aber auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung überbrücken. Die Bayerische Volkspartei halte an der föderalistischen Form für das Reich fest. In Kulturfragen liege die Hauptaufgabe bei den Ländern, nicht beim Reich. Darum böten auch die niedrigen Zahlen im vorliegenden Etat keinen Maßstab für die Frage der Kultur in Deutschland. So sehr seine Partei die Pflege der Volksbildungen wünsche, müsse man doch vor Überreibungen und Bewilligungen auf diesem Gebiete warnen. Die Trockenlegung in Bezug auf den Alkohol nach amerikanischem Muster scheine nicht das richtige Verbesserungsmittel zu sein. Beim Wahlrecht werde eine Herabsetzung des Alters notwendig sein. Von der Weimarer Ver-

fassung darf man jede Umwertung auf gesetzmäßigem Wege ausgeschlossen sein.

Abg. Kütz (Bölk.) bedauerte die Geringschätzung der im Etat für Kulturzwecke eingeplanten Mittel. Auch zeige sich wieder, daß die unerträglichen Darlehenlasten dem deutschen Volke die Erfüllung der wichtigsten und kulturellen Verpflichtungen unmöglich mache.

Von den Beamten könne man alles mögliche verlangen, beispielsweise die Respektierung der ... Zeichen der Republik. Man könne aber nicht verlangen, daß die Beamten, die früher monarchistisch geföhlt haben, jetzt für die Republik begeistert seien. Der jetzige Reichsinnenminister habe früher Loblieder auf den letzten deutschen Kaiser gesungen. Als der Redner in seinen weiteren Ausführungen den Sozialdemokraten vorwarf, sie hätten von Barakat Geld genommen, rief der Abgeordnete Kütz laut: „Schuft!“ Der Abg. Kütz wurde deswegen zweimal vom Vizepräsidenten Dr. Bell zur Ordnung gerufen.

Reichsinnenminister Dr. Kütz

führte aus, die ganze Aussprache abgesehen von der letzten Rede hätte ein erfreuliches Bild geöhnt und dabei doch eine Annäherung der früher so scharf auseinandergeplagten Gegensätze geboten. Es sei für ihn, der 20 Jahre lang im öffentlichen Leben stände, eigentlich unter seiner Würde, auf die politische Geschmacklosigkeit einzugehen, womit der böstliche Redner eine alte Kaisergeburtstagsrede von ihm zitiert habe, aber die Tendenz sei ganz klar. Der Abg. Kütz wollte seine Staatsgeföhnung und seine derzeitige republikanische Geföhnung distanzieren. (Stürmisches Gelächter rechts. — Zurufe: „Derzeitiger Republikaner, wann werden Sie wieder Monarchist!“)

Der Minister fuhr fort, er habe niemals seine früherer monarchistische Geföhnung verleugnet, habe eine solche Verleugnung auch niemals von dem Beamten verlangt. Man hätte sich aber von der Monarchie auf die Republik umstellen müssen, es sei gar nichts anderes übriggeblieben. Wenn ein Kaiser, der von Millionen Deutschen den Einsatz des Lebens verlangt habe, in dem größten geschichtlichen Moment, wo zum ersten Male von ihm selbst der Einsatz des Lebens verlangt worden sei, statt dessen nach Holland geföhren sei, dann könne man sich nicht über den Geföhnungsentscheidungen seiner bisherigen Anhänger wundern.

Große Lärmfzenen.

Die letzten Worte wurden von der Linken mit Sanktionen von den Böstlichen und Deutschnationalen mit dauernden Pfuirufen und lärmenden Kundgebungen beantwortet. Vizepräsident Dr. Bell ersuchte die Linken um die Rednertribüne gescherten Abgeordneten wiederholt, die Plätze einzunehmen. Es gelang ihm aber nicht, den Lärm zum Schweigen zu bringen, so daß die folgenden Sätze des Ministers auf den Tribünen unverständlich blieben. Die Deutschnationalen verließen den Saal. Nur wenige blieben der Mahnung föres